

Venezuela

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Waffenexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	7
Militärausgaben	9
Lokale Rüstungsindustrie	11
Streitkräftestruktur	12
Bewaffnung der Streitkräfte	13
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	17
Polizei und andere Sicherheitskräfte	19

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	21
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	21
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	22
Innere Lage im Empfängerland	26
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	28
Bedrohung von Alliierten	31
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	31
Unerlaubte Wiederausfuhr	33
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	33

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Zwischen 2020 und 2024 waren der Iran, die Niederlande, Spanien, China und Deutschland die fünf wichtigsten Lieferanten für Venezuela. Je nach politischer Ausrichtung der Regierung wechselte Venezuela in den vergangenen Dekaden seine wichtigsten Rüstungslieferanten. Während westlich orientierte Regierungen bevorzugt Waffen aus den USA bezogen, wandten sich antiwestlich eingestellte Regierungen, besonders seit der Machtübernahme durch Hugo Chavez, verstärkt Russland zu. Bis 2014 war Russland der bedeutendste Rüstungslieferant, doch seitdem kam es zu keinen Lieferungen mehr.

In der Vergangenheit wurden die venezolanischen Streitkräfte immer wieder zur Bekämpfung von sozialen Unruhen im Land eingesetzt. So kamen Ende der 1980er Jahre bis zu 2.000 Menschen durch Militäreinsätze im Inland ums Leben. Die militärische Führung ist stark politisiert und seit den frühen 1990er Jahren in zwei Flügel gespalten: Eine linke „bolivarisch-revolutionäre“ Gruppe, die sich wohl als Folge der Unzufriedenheit mit der herrschenden Elite vor allem in der armen Bevölkerung bildete, sowie eine eher rechtsgerichtete, konservative Gruppe von „Institutionalisten“.

Abhängig von der politischen Ausrichtung der jeweiligen Regierungspartei haben beide Lager bereits Putschversuche unternommen, die bisher allerdings immer erfolglos blieben. Anfang der 1990er Jahre misslangen zwei Staatsstriche linksgerichteter Militärs unter dem damaligen Oberst und späteren Präsidenten Hugo Chavez. Seit der demokratischen Wahl von Chavez zum Staatsoberhaupt im Jahr 1998 kam es am 11. und 12. April 2002 im Zusammenhang mit Großdemonstrationen der Oppositionsparteien gegen die Regierung wiederum zu einem Militärputsch konservativer Offizier:innen, der angeblich von den USA unterstützt wurde. Seit dem gescheiterten Putschversuch hat sich das Standbein des Chavez-treuen Flügels innerhalb der venezolanischen Streitkräfte erheblich verstärkt.

Unter der Präsidentschaft des 2013 verstorbenen Hugo Chavez wurden die Aufgaben und der politische Einfluss der Streitkräfte erheblich erweitert. Beschränkte die Verfassung von 1961 die Rolle des Militärs auf die reine Landesverteidigung, so gab es unter Chavez eine aktive Funktion bei der Förderung der sozialen Entwicklung des Landes sowie bei der Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen.

Unter Präsident Nicolás Maduro sollten politische und militärische Posten stärker getrennt werden. Die Entscheidung betraf aber offenbar nur aktive Militärs, nicht ehemalige Mitglieder der Armee. De facto haben die Streitkräfte seither an Einfluss und Ressourcen hinzugewonnen und stellen eine wichtige Säule des Maduro-Regimes dar. Obwohl die Ansichten innerhalb des Militärs stark divergieren, steht eine große Mehrheit auf Seiten Maduros, da die Opposition aus ihrer Sicht keine attraktive Zukunft für die Streitkräfte anbietet, den Streitkräften Menschenrechtsverletzungen vorwerfen und eine Verfolgung dieser anstreben. Eine UN-Untersuchungskommission stellte die Beteiligung von Präsident Maduro und hochrangigen Militärs an Verbrechen gegen die Menschlichkeit fest. Einige hochrangige Militärs fürchten daher eine drohende Strafverfolgung unter oppositioneller Führung und stützen das Maduro-Regime teilweise womöglich eher aus Selbstschutz als aus Überzeugung.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Gegen Venezuela bestehen Sanktionen durch die EU, zu denen auch ein Waffenembargo zählt. Die Sanktionen wurden im November 2017 als Reaktion auf die Krise in Venezuela und insbesondere auf die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und die übermäßige Gewaltanwendung staatlicher Kräfte verhängt. Trotz der liberalen Verfassung ist die Menschenrechtslage in Venezuela als hoch problematisch zu bewerten. Menschenrechtsorganisationen kritisieren das harte Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Demonstrierende. Zudem gibt es Berichte über Folter, Entführungen und außergerichtliche Tötungen von Gefangenen, schlechte Zustände in den Gefängnissen sowie korrupte Gerichte. Ein UN-Menschenrechtsbericht aus dem Jahr 2019 untermauert einige dieser Behauptungen. Seit 2018 ermittelt daher auch der Internationale Strafgerichtshof bezüglich Verbrechen gegen die Menschlichkeit, insbesondere gegen die 2016 gegründete Sondereinheit Fuerzas de Acciones Especiales (FAES) und leitete 2021 eine formale Untersuchung ein, welche nach zwischenzeitlichen Verzögerungen, derzeit wieder laufen.

Durch den revolutionären, „bolivarischen“ Kurs des 2013 verstorbenen Präsidenten Hugo Chavez haben sich die politischen Spannungen der Gesellschaft zwischen Regierungs- und Oppositionsanhänger:innen deutlich verschärft. Bei der Präsidentschaftswahl im Mai 2018 wurde dessen Nachfolger Maduro offiziell wiedergewählt. Allerdings wurde die Wahl im Januar 2019 von der Nationalversammlung für unrechtmäßig erklärt und deren Präsident, Juan Guaidó, zum Interimspräsidenten erklärt. In den darauffolgenden Unruhen starben bei Zusammenstößen zwischen Demonstrierenden und staatlichen Sicherheitskräften nach UN-Angaben mehrere tausend Menschen. Auch paramilitärische Einheiten und Milizen werden von Staatsseite aus zur Protestbekämpfung eingesetzt. Seit einer erneuten Wahl im Jahr 2020 wird Juan Guaidó von vielen Ländern und internationalen Organisationen nicht mehr als Interimspräsident anerkannt, trotz dem Umstand, dass die Wahlen weder als frei noch fair anerkannt wurden. Maduro hat seither wieder die volle Kontrolle über staatliche Institutionen.

2015 verhängte die USA unter Obama erstmals Sanktionen gegen Venezuela. Seitdem sind immer wieder Sanktionen verhängt worden. Insbesondere die Sanktionen gegen die Öli- und Goldindustrie hat die Wirtschaft von Venezuela entscheidend geschwächt. Die auf die wirtschaftliche Krise folgte eine humanitäre. Seit 2015 haben über 7 Millionen Menschen das Land verlassen, ein großer Teil ist nach Kolumbien migriert. Die Beziehungen zwischen Venezuela und Kolumbien sind angespannt und werden von anhaltenden Grenzstreitigkeiten belastet. Kolumbien ist das Hauptzielland von Menschen, die versuchen, der Krise in ihrem Herkunftsland zu entkommen. Kolumbiens ehemaliger Staatschef Iván Duque unterstützte den von der venezolanischen Nationalversammlung zum Interimspräsidenten erklärten Juan Guaidó und warf der venezolanischen Regierung unter anderem vor, Drogenkartelle und Rebellengruppen in Kolumbien zu unterstützen.

Venezuela ist ein wichtiges Transitland von Kokain, Heroin und Marihuana aus Kolumbien in die Vereinigten Staaten und nach Europa. In den Drogenhandel sind meist kolumbianische Rebellengruppen verwickelt, die auch auf venezolanischem Territorium aktiv sind. Es gab mehrfach Berichte über die unerlaubte Weitergabe von Waffen aus Venezuela an solche Gruppen.

Venezuela befindet sich in einer tiefen wirtschaftlichen Krise, welche durch seitens der USA verhängte Sanktionen zusätzlich verschärft wird. Seit 2014 büßte das Land etwa vier

Fünftel der Wirtschaftsleistung ein; ein Großteil der Bevölkerung lebt in Armut. Im Global Competitiveness Index von 2019 belegte Venezuela den 133. von 141 Plätzen. Diese dramatische wirtschaftliche Entwicklung schlägt sich auch im Stand der menschlichen Entwicklung nieder: Rund 53,3 % der Bevölkerung lebt aktuell in absoluter Armut, kann sich also nicht ausreichend mit Grundnahrungsmitteln versorgen. Insgesamt ist die weite Mehrheit (2019: 80 %) der venezolanischen Haushalte von Nahrungsmittelknappheit betroffen. Trotz einer moderaten Militarisierung Venezuelas im jüngsten Global Militarisation Index (Rang 92) erscheinen Rüstungsexporte im Anbetracht der gravierenden sozialen und ökonomischen Missstände derzeit in Hinblick auf die weitere Entwicklung des Landes als kritisch.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2023 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	IFF-Sekundärradarsystem: 90,7%	0,77
2000	IFF-Sekundärradarsystem: 53,4% Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 46,6%	0,64
2001	Teile für Mannschaftstransporter: 72,3%	0,16
2002	Teile für militärische Fahrzeuge: 95,2%	0,20
2003	Teile für LKW [Anteil nicht erwähnt]	0,23
2004	Teile für U-Boote: 99,0%	37,37
2005	Hydrophone: 50,8% Geländewagen: 48,5%	0,64
2006	Funküberwachungssysteme, Mess- und Prüfausrüstung: 100%	21,93
2007	Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 99,6%	7,31
2008	Teile für U-Boote: 100%	9,0
2009	---	---
2010	---	---
2011	---	---
2012	---	---
2013	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft]: 100%	0,19
2014	---	---
2015	---	---
2016	---	---
2017	---	---
2018	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft]: 100%	0,19

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2019	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft] und Teile für den ballistischen Schutz [Botschaft]: 100,0%	0,87
2020	---	---
2021	---	---
2022	---	---
2023	---	---

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2023, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2023

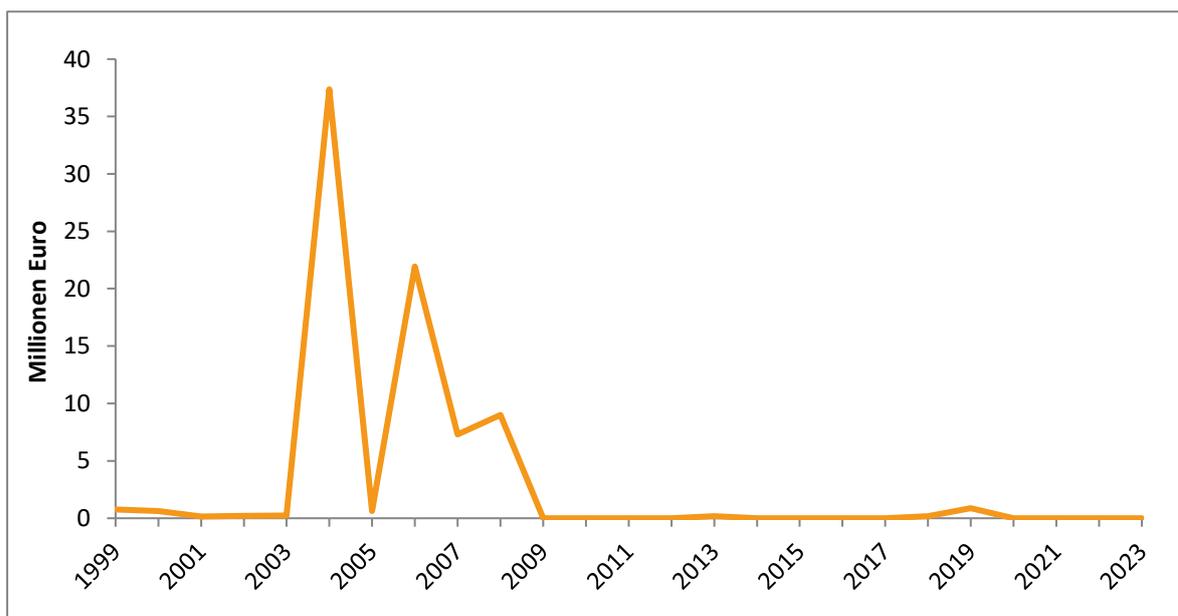


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Venezuela 2000-2024

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
4	MTU-1163	Dieselmotor	(1998)	2002	4	Neuwertig
32	MTU-1163	Dieselmotor	(2006)	2009-2020	32	Neuwertig
(1)	Do-228	Leichtes Transportflugzeug	2013	2014	1	Neuwertig
2	Do-228	Leichtes Transportflugzeug	2013	2014	2	Gebraucht

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Rüstungsexporte nach Venezuela spielen für Deutschland nur eine untergeordnete Rolle. 2004 stiegen die deutschen Rüstungsexporte nach Venezuela wegen der Lieferung von U-Boot-Teilen stark an, 2006 erreichten sie mit 22 Millionen Euro den zweithöchsten Wert. Von 2009 bis 2017 wurde laut Rüstungsexportberichten lediglich in einem Jahr, 2013, Rüstungsgüter (Geländewagen für Botschaftspersonal) nach Venezuela geliefert. 2018 und 2019 erhielt die deutsche Botschaft erneut Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für den ballistischen Schutz. Seither wurden laut Exportberichten keine Ausfuhren nach Venezuela mehr genehmigt oder vollzogen. Seit 2017 besteht auch ein Waffenembargo seitens der EU gegen Venezuela.

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: 2025) wurden zwischen 2009 und 2020 allerdings 32 Dieselmotoren für Patrouillenschiffe sowie im Jahr 2014 drei Do-228 Leichttransportflugzeuge geliefert.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Venezuela 2020-2024, Mio. TIV¹

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	79	-	-	98	-	177

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

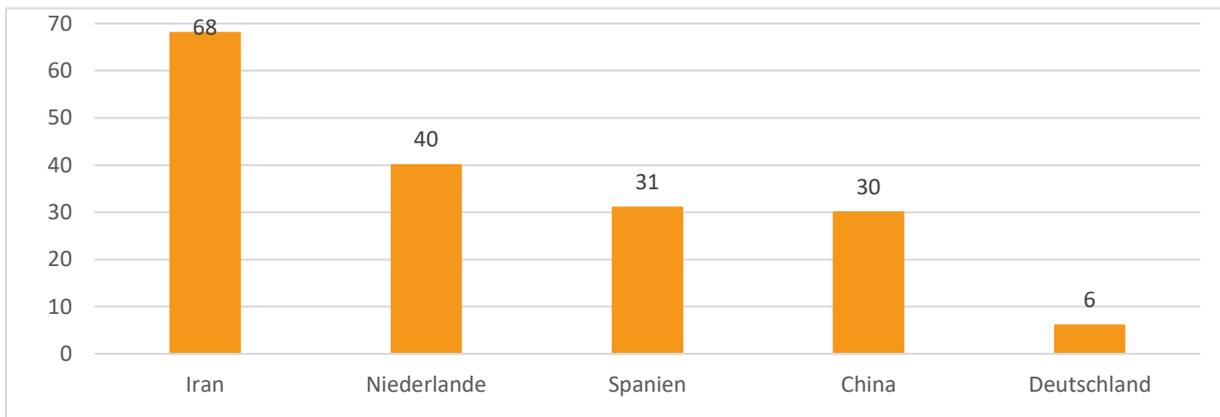
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Venezuela 2020-2024, Mio. TIV

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	6	-	-	-	-	6

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI Arms Transfers Database (Stand: April 2025) rangierte Venezuela zwischen 2020 und 2024 an 68. Stelle unter den weltweit größten Waffenimporteuren. Historisch waren die USA bedeutendster Rüstungslieferant für Venezuela, doch seit der Machtübernahme durch Hugo Chavez in 1999 präsentierte sich die venezolanische Regierung zunehmend antiwestlich und setzte auf Russland als wichtigsten Partner, doch seit 2014 erfolgten auch aus Russland keine Lieferungen mehr. Im aktuellen Zeitraum (2020 – 2024) waren der Iran, die Niederlande, Spanien, China und Deutschland die fünf wichtigsten Lieferanten für Venezuela.

Aus **Iran** wurden 2023 vermutlich insgesamt sechs Peykaap-3 Raketenboote geliefert. Zusätzlich dazu lieferte Iran wahrscheinlich 25 CM-90 Nasr Antischiffsraketen zum Einsatz auf den Peykaap. Die Kooperation zwischen Venezuela und Iran intensiviert sich besonders dadurch, dass beide Staaten unter westlichen Sanktionen stehen. Besonders seit den

hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

vergangenen US-Wahlen im November 2024 vertiefen beide Länder ihre militärischen Beziehungen. Seither liegt der Iran an erster Stelle für venezolanische Waffenkäufe.

Aus den **Niederlanden** bestellte Venezuela im Jahr 2006 jeweils ein STING Feuerleitradar, ein Variant Luft- und Seesuchradar und ein MIRADOR Elektro-Optisches System. Alle drei wurden 2020 ausgeliefert. Zusätzlich dazu erhielt Venezuela zwei Stan Lander-5612 Landungsschiffe aus vietnamesischer Produktionslinie, welches 2024 bestellt worden ist.

An dritter Stelle liegt **Spanien**. Aus Spanien erhielt Venezuela im Jahr 2020 das erste von insgesamt vier BVL-Patrouillenschiffen. Eines davon wird in Venezuela in Lizenz gebaut. Ob es sich dabei um das bereits gelieferte Schiff handelt ist unklar.

Nur knapp hinter Spanien liegt an vierter Stelle **China**. 2016 empfing Venezuela neun Trainingsflugzeuge des Typs Hongdu K-8W aus China, welche unter anderem drei durch Unfälle verlorene Flugzeuge ersetzen. Im Zuge der innenpolitischen Unruhe verringerten sich die chinesischen Rüstungsexporte jedoch erheblich. Venezuela erhielt 2023 wahrscheinlich lediglich insgesamt 30 Antischiffs- und Bodenangriffsraketen des Typs C-802A aus China.

An fünfter Position liegt im aktuellen Zeitraum (2020 – 2024) **Deutschland**. Dies liegt an einer Lieferung aus 2020 über die letzten vier von insgesamt 32 im Jahr 2006 bestellten MTU 12V-1163 Dieselmotoren, die auf den aus Spanien gelieferten Patrouillenbooten eingesetzt werden sollen.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

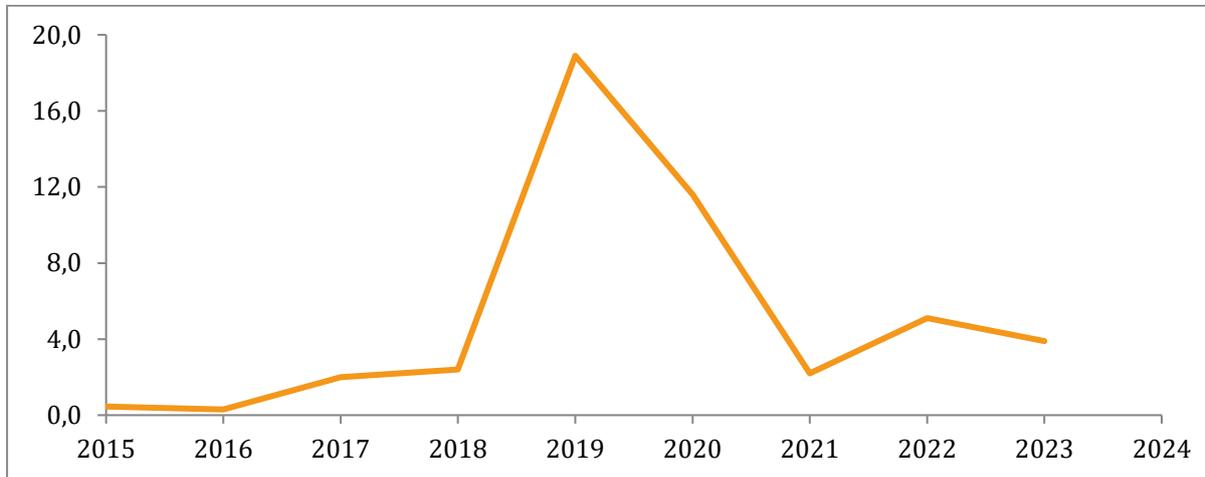
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	11,6	2,2	5,1	3,9	-
Anteil am BIP (in Prozent)	1,58	0,31	0,65	0,50	-
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

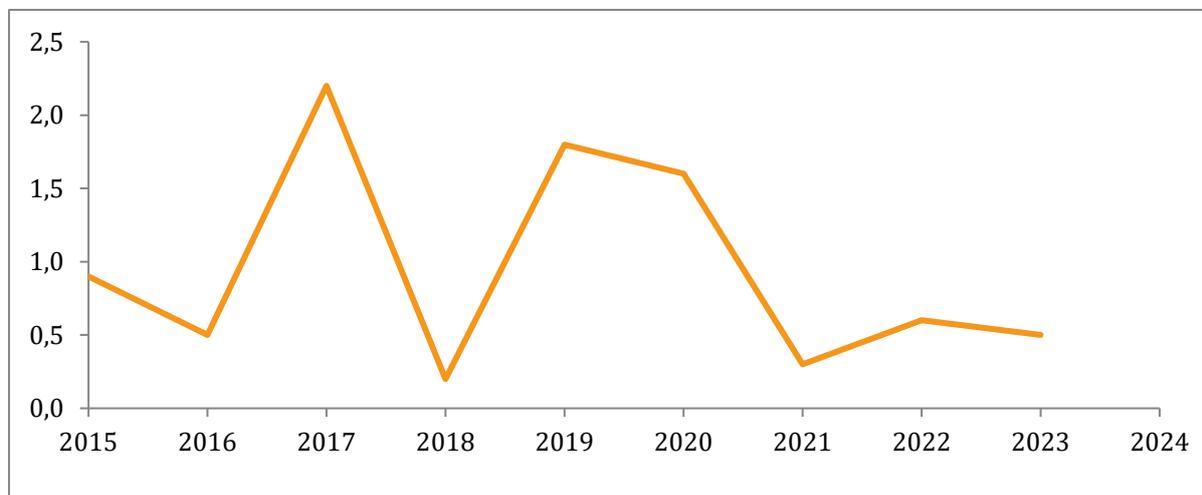
Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2023.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Die venezolanische Rüstungsindustrie besteht aus kleinen Betrieben in Staatsbesitz, die im Wesentlichen auf die Herstellung von Kleinwaffen, Munition und Explosivstoffen konzentriert sind. Die 1975 gegründete größte Waffenfirma, Compañía Anónima Venezolana de Industrias Militares (CAVIM) mit Sitz in der Hauptstadt Caracas stellt u. a. mit Lizenz und Unterstützung der belgischen Firma Fabrique Nationale Herstal das automatische Sturmgewehr FN FAL her. Im Jahr 2006 wurde die erste inländisch entwickelte Handfeuerwaffe (Pistola Zamorana) vorgestellt. Seit 2016 soll CAVIM auch in der Lage sein, eigene Mörser (M66) herzustellen. Im Bereich der größeren Waffensysteme bleibt Venezuela aber von ausländischen Waffenlieferungen abhängig.

Die lokale Plattform-Produktion beschränkt sich weitestgehend auf kleine Küstenpatrouillenboote und auf Empresa Aeronáutica Nacional (EANSA), ein staatliches Unternehmen, das 2020 gegründet wurde und eine inländisch entwickelte Drohne, die auf der iranischen Drohne „Mohajer“ basiert, produziert. Im Rahmen der militärischen Kooperation zwischen Venezuela und Iran betreibt der Iran zusätzlich eine Drohnenfabrik auf Venezuelas wichtigster Luftwaffenbasis, die auch das Militär Venezuelas im Umgang mit diesen Drohnen trainiert. Dort produziert werden unter anderem die iranische Shahed-131, welche dort unter dem venezolanischen Namen Zamora-V1 hergestellt wird. Ebenso zu erwähnen ist die Centro Nacional de Repotenciación CA (CENARECA), welche bspw. das militärische Mehrzweckfahrzeug Tiwana herstellt und ebenfalls in Caracas sitzt. Die staatliche Schiffswerft UCOCAR ist für Reparaturen, Wartung und teilweise für Ausrüstungsaufgaben verantwortlich. Im Unterschied zu CAVIM und UCOCAR ist CENARECA allerdings kein staatliches Unternehmen.

Bereits im Jahr 2006 hatten Gespräche zwischen Russland und Venezuela stattgefunden, um über den Bau von Rüstungsfabriken in Venezuela zu verhandeln und die Rüstungskooperation zwischen beiden Ländern zu intensivieren. Konkret ging es um den Bau einer Waffenfabrik in Maracay im venezolanischen Bundesstaat Aragua, sowie um Munitionsfabriken. Nach erfolgreichen Verhandlungen hatte der Bau der Waffenfabrik im Jahre 2009 begonnen und 2013, wenn auch zunächst in geringem Umfang, die ersten Kalaschnikows an die venezolanische Armee geliefert. Verschiedene Faktoren, wie Probleme mit dem Bauunternehmen, aber auch Fälle von Korruption auf beiden Seiten der Partnerschaft führten zu Verzögerungen und zeitweise sogar zu einem vollen Baustopp im Jahre 2014. Die Fabrik wurde zwar bereits 2012 offiziell eingeweiht, allerdings fehlten noch einige Produktionsmaschinen. Seit 2019 soll die Fabrik für die Gewehre voll funktionsfähig sein. Die Munitionsfabriken sind unterdessen noch nicht alle vollständig in Betrieb. Ein geplanter Termin für den Abschluss des Baus war hier für 2022 angedacht, konnte jedoch mutmaßlich aufgrund von US-Sanktionen aus dem Jahr 2021 und in Kombination mit ergriffenen Schutzmaßnahmen aufgrund der Covid-19 Pandemie nicht eingehalten werden. Die erste Bauphase wurde 2025 aber abgeschlossen und vier Produktionslinien sind funktionsfähig. Auf zwei dieser Produktionslinien werden Stahlmantelgeschosse im Kaliber 7.62mm hergestellt, während die anderen beiden Linien Leuchtspurmunition und Platzpatronen im selben Kaliber produzieren. Nach Angaben des Unternehmens, soll es bereits möglich sein 10.000 Patronen pro Schicht zu produzieren, was einem jährlichen Volumen von 70 Millionen Patronen entspricht. Auch wenn diese

zunächst für das venezolanische Militär und die Polizei bestimmt sind, soll auch ein zukünftiger Export nicht ausgeschlossen werden. Nach Fertigstellung aller Fabriken sollen sie bis zu 1.500 Menschen beschäftigen. Weitere Kooperation mit Russland wurde im Rahmen eines Trainingszentrums für Hubschrauberpilot:innen eingerichtet, welches unter anderem auch Wartungsarbeiten an den Mi-17-Hubschraubern aus russischer Produktion durchführen sollen.

Aufgrund der anhaltenden Wirtschaftskrise und Sanktionen durch die USA verkündete Präsident Nicolas Maduro 2020 die Gründung eines militärwissenschaftlichen Rats an, der die Entwicklung eigener Waffensysteme vorantreiben soll (Consejo Militar, Científico y Tecnológico).

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: 30 Monate (selektiv), variiert je nach Region

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

123.000 aktiv, davon:

Heer: 63.000

Marine: 25.500

Luftwaffe: 11.500

Nationalgarde: 23.000

Reserve: 8.000

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 220.000

Quelle: IISS Military Balance 2025

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	115	123	123	123	123	123	123	123	123
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	3,7	4	4,1	4,3	4,3	4,4	4,4	4,3	4,3

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025 World Bank

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	173	
Leichte Panzer	109	
Schützenpanzer	237	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	36	
Aufklärer	121	
Bergepanzer	5	
Brückenlegepanzer	Einige	Leguan
ABC-Abwehrfahrzeuge	10	TPz-1 Fuchs
Transportflugzeuge	28	
Kampfhubschrauber	9	
Mehrzweckhubschrauber	31	
Transporthubschrauber	9	
Artillerie	515	
Panzerabwehr	250	Zahl der rückstoßfreien Abschussgeräte und Geschütze; zusätzlich einige Panzerabwehrlenk Waffen IMI MAPATS

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Hauptaufgabe der venezolanischen Streitkräfte sind der Schutz der territorialen Integrität sowie Operationen zur inneren Sicherheit und Drogenbekämpfung. Sie sind grundsätzlich ausreichend ausgestattet, um ihre dahingehenden Aufgaben wahrzunehmen – die wirtschaftliche Notlage des Landes schlägt sich jedoch auch in den Militärausgaben und somit zunehmend in der Verfügbarkeit von militärischen Gerätschaften nieder. Die Instandhaltungsmaßnahmen und Neuanschaffungen können nicht im geplanten Umfang getätigt werden – auch da Ersatzteile für viele Waffensysteme nur eingeschränkt verfügbar sind. Grund hierfür sind Veränderungen in den diplomatischen Beziehungen Venezuelas.

Lange Zeit stammte der Großteil der Waffensysteme des Heeres aus den Vereinigten Staaten. Mit der Wahl des linksgerichteten Hugo Chavez zum Staatspräsidenten 1998 kühlten die Beziehungen zwischen Venezuela und der US-Regierung allerdings erheblich ab, und

Venezuela kaufte verstärkt Waffen in Russland ein. In den letzten Jahren war auch China ein sehr wichtiger Waffenlieferant für Venezuela. So wurden im Rahmen eines Programmes zur Neuaustrüstung aller fünf Militäreinheiten Venezuelas allein zwischen 2015 und 2016 insgesamt rund 2.100 Fahrzeuge aus China geliefert (Infos zu weiteren Waffenkäufen: siehe Kommentar zu den Waffenkäufen). Die Ausrüstung gilt derzeit als vergleichsweise modern und stammt vornehmlich aus russischer und chinesischer Produktion.

Im Februar 2005 wurde erstmalig bekannt, dass Venezuela beabsichtigt, 100.000 Sturmgewehre der Typen AK-103 und AK-104 aus Russland zu importieren. 2006 wurde ein entsprechender Vertrag zur Lizenzproduktion geschlossen. Die neuen Gewehre sollen nach offiziellen Angaben die bisherige Standard-Waffe der Infanterie, die belgische FN FAL, ersetzen. Ungefähr seit 2012 produziert die venezolanische Rüstungsfirma CAVIM die AK-103. Durch umfangreiche Rüstungsgeschäfte insbesondere mit Russland sind auch die Waffensysteme des Heeres modernisiert und ersetzt worden.

2019 erhielt die venezolanische Armee zudem eine unbestimmte Anzahl generalüberholter Artilleriegeschütze und taktischer Fahrzeuge sowie im September 2020 ca. 100 Tiwana Mehrzweckfahrzeuge in diversen Ausführungen aus heimischer Produktion.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	2	Davon eins nicht einsatzfähig und das zweite derzeit in Umrüstung
Fregatten	3	Davon eins nicht einsatzfähig
Patrouillenboote	13	
Amphibienfahrzeuge	7	Davon eins nicht einsatzfähig
Logistik und Unterstützung	10	

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

Box 2

Weitere Marineeinheiten

Marineflieger:

2 Seefernaufklärer (kampffähig)

7 Transportflugzeuge

12 Mehrzweckhubschrauber

4 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr

1 Ausbildungshubschrauber

1 Transporthubschrauber

Marineinfanterie:

10 leichte Panzer
 37 gepanzerte Mannschaftstransporter
 21 Schützenpanzer
 11 amphibische Mannschaftstransporter
 1 Bergepanzer
 1 Pionierpanzer
 14 Amphibienfahrzeuge (Landungsboote)
 23 Patrouillenboote
 30 Artilleriegeschütze
 Einige Panzerabwehrraketen

Küstenwache:

25 Patrouillenboote
 4 Logistik- und Unterstützungsschiffe

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Venezuelas Marine befindet sich grundsätzlich in einem umfassenden Modernisierungs- und Umstrukturierungsprozess, mit dem Ziel, die Marine in eine green-water/brown-water navy (Operationsradius sind die Küstengewässer und regionale Meere) umzubauen. Gegenwärtig beschränken sich die maritimen Fähigkeiten Venezuelas auf die Überwachung der Küsten und befähigen sie, als Strafvollstreckungsakteur zur See in Erscheinung zu treten. Die geplante Anschaffung mehrerer russischer U-Boote, neuer Fregatten, einzelner amphibischer Kampfschiffe sowie leichter Hubschrauberträger würden die Kapazitäten der venezolanischen Marine deutlich erweitern und verbessern. Spanische Fregatten, ausgestattet mit modernen Waffensystemen, spielen dabei ebenso eine zentrale Rolle. Der Modernisierungsprozess der Marine wird durch die wirtschaftliche Lage jedoch derzeit ausgebremst.

Berichten zufolge haben sowohl Spanien (CN-235 Seeaufklärer) als auch Frankreich (drei U-Boote der Scorpene Klasse) Rüstungsgeschäfte unterzunehmendem Druck der USA zurückgezogen, da die USA in weiteren Rüstungsgeschäften die Gefahr sehen, dass sie die militärische Balance der Seestreitkräfte in der Region negativ verändern würden. Im Juli 2014 wurde zudem die Auslieferung von acht Küstenpatrouillenbooten aus spanischer Produktion (vier der Guaiquerí-Klasse und weitere vier der Guaicamacuto-Klasse aus der spanischen Werft Navantia) abgeschlossen. Die venezolanische Marine ist gut aufgestellt und nimmt im regionalen Kontext eine führende Position ein.

Laut Military Balance 2025 befindet sich eines, von insgesamt zwei U-Booten, in Nachrüstung und ein weiteres U-Boot sowie eine der drei Fregatten sind derzeit nicht einsatzfähig. Auch ein Amphibienfahrzeug ist nicht einsatzfähig.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Erdkampfflugzeug	21	
Jagdflugzeug	18	Einsatzbereitschaft ist unklar
Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung	4	
Ausbildungsflugzeuge	82	Davon 42 kampffähig
Tankflugzeuge	1	
Transportflugzeuge	75	Davon einige C-130H <i>Hercules</i> eingelagert; 5 Passagierflugzeuge
Mehrzweckhubschrauber	8	
Transporthubschrauber	21	
Raketen	Einige	u. a. AIM-9L/P Sidewinder; AS-18 <i>Kazoo</i>
Drohnen	Einige	Davon einige bewaffnet (berichtet Typ <i>Mohajer 6</i>)

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

Box 3

Weitere Luftwaffeneinheiten

*Luftverteidigungskommando (CODAI):
Mehr als 440 Luftabwehrgeschütze, zusätzlich einige Boden-Luft-Raketen*

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

Kommentar

Die Venezuelas Luftwaffe – die *Aviación Militar Bolivariana Venezolana* – verfügt über eine Vielzahl unterschiedlicher, meist in die Jahre gekommener Flugzeuge. So werden neben 15 amerikanischen F-16A/B (vermutlich Block 15), die in den 80er Jahren eingeführt wurden, auch 21 russische Su-30MKV eingesetzt. Letztere wurden zwischen 2006 und 2008 geliefert und bilden, da die Beziehung zu westlichen Rüstungslieferanten mit (allen voran den USA) Machtübernahme durch Hugo Chavez schwieriger wurde, das Rückgrat der Luftwaffe. Da Ersatzteile fehlen, ist die Einsatzfähigkeit der 15 F-16 inzwischen fraglich. Aber auch im Einsatz befindlichen Su-30 sind inzwischen in die Jahre gekommen. Von den ursprünglichen 24 Maschinen sind heute nur noch 21 übrig, da einige bei Unfällen verloren gingen. Venezuela ist derzeit bemüht die Luftwaffen vor allem mit Hilfe aus Russland und China zu modernisieren. 2010 hat Venezuela unter anderem Transportflugzeuge von China geordert. Von Russland

bekam das Land unter anderem Boden-Luft-Raketen. Die starken Handelsbeziehungen zwischen Russland und Venezuela gelten als Teil der Strategie des Kremls, Einfluss auf Lateinamerika zu nehmen und sich damit als Gegengewicht zu den USA in der Region zu etablieren. Gerüchte aus dem Jahr 2015, Venezuela streben den Kauf von etwa 50 modernisierten MiG-29 Kampfflugzeugen oder zwölf Su-30 Kampfflugzeugen aus Russland haben sich nicht bestätigt. Stattdessen wurden die in Dienst befindlichen Su-30 2019 durch eine russische technische Kommission gründlich überholt. Zuvor erfuhren die F16 im Jahr 2005 ein Mid-Life-Update-Programm. Es umfasste eine umfassende strukturelle Überholung durch das belgische Unternehmen SABCA und die Integration neuer Waffensysteme und moderner Avionik, welche von Elbit Systems bewerkstelligt wurde. Pläne die inzwischen 35 Jahre alten F-16 durch Sukhoi Su-35, Dassault Rafale, Chengdu J-10B oder JF-17 zu ersetzen wurden bisher nicht umgesetzt. Ebenso scheiterten Bemühungen Militärflugzeuge des Typs „Super Tucano“ des brasilianischen Produzenten Embraer zu beschaffen.

Box 4

Nationalgarde

89 gepanzerte Mannschaftstransporter

121 gepanzerte Nutzfahrzeuge

3 Ausbildungsflugzeuge

34 Transportflugzeuge

5 Ausbildungshubschrauber

13 Mehrzweckhubschrauber

18 Transporthubschrauber

34 Patrouillenboote

50 Artilleriegeschütze

Quelle: IISS Military Balance 2025

Box 5

Peacekeeping

Venezuela nimmt an keinen Peacekeeping-Missionen teil.

Quelle: IISS Military Balance 2025

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

In der Vergangenheit wurden die venezolanischen Streitkräfte immer wieder zur Bekämpfung von sozialen Unruhen im Land eingesetzt. So kamen Ende der 1980er Jahre bis zu 2.000 Menschen durch Militäreinsätze im Inland ums Leben. Die militärische Führung ist stark politisiert und seit den frühen 1990er Jahren in zwei Flügel gespalten: Eine linke „bolivarisch-revolutionäre“ Gruppe, die sich wohl als Folge der Unzufriedenheit mit der herrschenden Elite vor allem in der armen Bevölkerung bildete, sowie eine eher rechtsgerichtete, konservative Gruppe von „Institutionalisten“. Abhängig von der politischen Ausrichtung der jeweiligen

Regierungspartei haben beide Lager bereits Putschversuche unternommen, die bisher allerdings immer erfolglos blieben. Anfang der 1990er Jahre misslangen zwei Staatsstriche linksgerichteter Militärs unter dem damaligen Oberst und späteren Präsidenten Hugo Chavez. Seit der demokratischen Wahl von Chavez zum Staatsoberhaupt im Jahr 1998 kam es am 11. und 12. April 2002 im Zusammenhang mit Großdemonstrationen der Oppositionsparteien gegen die Regierung wiederum zu einem Militärputsch konservativer Offizier:innen, der angeblich von den Vereinigten Staaten unterstützt worden sein soll. Die genaue Rolle der USA bleibt bis heute aber unklar. Die Oberbefehlshaber:innen von Heer und Nationalgarde verweigerten Chavez ihren Gehorsam und der Präsident des Arbeitgeberverbandes erklärte sich zum Übergangspräsidenten. Allerdings konnte sich nur wenige Tage später der linke Flügel in der Armee gegen die Putschist:innen durchsetzen, sodass Chavez bereits am 14. April seine Amtsgeschäfte wieder aufnehmen konnte. Seit dem gescheiterten Putschversuch hatte sich das Standbein des Chavez-treuen Flügels innerhalb der venezolanischen Streitkräfte erheblich verstärkt. Viele oppositionelle Offizier:innen sind bis zum Tode Chavez' entweder ins Ausland geflüchtet, wurden verurteilt, entlassen oder vorzeitig in Rente geschickt.

Unter der Präsidentschaft von Hugo Chavez wurden die Aufgaben der Streitkräfte erheblich erweitert. Beschränkte die Verfassung von 1961 die Rolle des Militärs auf die reine Landesverteidigung, so soll es jetzt eine aktive Funktion bei der Förderung der sozialen Entwicklung des Landes sowie bei der Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen übernehmen. Chavez äußerte sich in einem Interview mit der Zeitung *Die Welt* dazu folgendermaßen: „Wir müssen die Rolle der Streitkräfte radikal neu definieren: Die Zeit der Militärdiktaturen ist vorbei, aber das Militär darf auch nicht dazu verurteilt werden, zusehen zu müssen, wie eine korrupte Funktionärskaste das Land kaputt macht. Das Militär ist traditionell zuständig für die Sicherheit und Verteidigung der Nation. Wir wollen, dass es teilnimmt am sozialen Aufbau; es soll Brücken und Krankenhäuser bauen, Straßen reparieren und im Erziehungsbereich aktiv werden. Kurz: Es soll sich nützlich machen, um Venezuela voranzubringen – allerdings immer nur in einem demokratischen Rahmen und damit der Politik untergeordnet.“ Die sogenannte zivil-militärische Union soll die Entwicklungen früherer Jahrzehnte beheben, in denen das Militär häufig von der Bevölkerung getrennt war. Das neue Ziel Chavez war es, das Militär so weit wie möglich in die Gesellschaft zu integrieren und sie zum Teil der Bevölkerung machen. Allerdings wird von vielen Beobachter:innen eben das Fehlen eines solchen „demokratischen Rahmens“ kritisiert. Die neue Verfassung von 1999 schränkte die Möglichkeiten ziviler Kontrolle über den Militärapparat erheblich ein. Es gibt keine parlamentarische Übersicht über das Militärbudget und geplante Beschaffungen. Ebenso sind zivile Gerichtshöfe nicht dazu autorisiert, Angehörige der Streitkräfte anzuklagen und zu verurteilen. Präsident Chavez, der am 7. Oktober 2012 in seinem Amt bestätigt wurde, kündigte an, die militärischen Reservekräfte des Landes durch die Bildung von kleinen Verteidigungseinheiten auf Gemeindeebene, die zwischen zehn und 500 Personen umfassen sollen, zu vergrößern.

Unter Präsident Nicolás Maduro (seit 2013) sollten politische und militärische Posten stärker getrennt werden; dies kündigte er nach der Niederlage der Sozialisten bei den Parlamentswahlen Ende 2015 an. Die Entscheidung betraf offenbar nur aktive Militärs und nicht ehemalige Mitglieder der Armee. Dennoch bedeutete der Schritt zunächst eine Zäsur nach 17 Jahren Chavismus, in denen es stets starke Überschneidungen zwischen militärischen und politischen Posten gab. Die Rücksendung aktiver Militärs in die Kasernen sollte die Streitkräfte stärken. Grundsätzlich ist der Ansatz der „zivil-militärischen Allianz“ aber auch unter Maduro leitend. De facto haben die Streitkräfte seither an Einfluss und Ressourcen

hinzugewonnen und stellen eine wichtige Säule des Maduro-Regimes dar. Obwohl die Ansichten innerhalb des Militärs stark divergieren, steht eine große Mehrheit auf Seiten Maduros, da die Opposition aus Sicht der Militärs keine attraktive Zukunft für die Streitkräfte anbietet, engere Beziehungen zu dem als traditionellen Feind wahrgenommenen USA anstreben und den Streitkräfte Menschenrechtsverletzungen vorwerfen und eine Verfolgung dieser anstreben.

Auch Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International berichten seit 2014 von gravierenden Menschenrechtsverstößen durch das Militär und weiterer Sicherheitskräfte und weist darauf hin, dass eine UN-Untersuchungskommission die Beteiligung von Präsident Maduro und hochrangigen Militärs an Verbrechen gegen die Menschlichkeit festgestellt hat. Demnach werden staatliche Sicherheitskräfte zunehmend zur Repression eingesetzt. Einige hochrangige Militärs fürchten daher eine drohende Strafverfolgung unter oppositioneller Führung und stützen das Maduro-Regime teilweise eher aus Selbstschutz als aus Überzeugung. Das Ansehen der Streitkräfte hat dementsprechend, auch einer Umfrage des [Latino-barometers](#) aus dem Jahr 2023 folgend, sehr gelitten: 40,3 Prozent der Befragten hat überhaupt kein Vertrauen und 32,6 Prozent der Befragten nur wenig Vertrauen in die Streitkräfte. Vor dem Amtsantritt Maduros im Jahr 2013 gaben immerhin noch 55 Prozent der Befragten an, etwas bis viel Vertrauen in die Streitkräfte zu haben.

Im Mai 2020 kam es zudem zu einem vereitelten Putschversuch. Nach aktuellen Informationen versuchten venezolanische Ex-Militärs (initiiert durch das strategische Komitee des Oppositionellen Juan Guaidó) mithilfe US-amerikanischer Söldner:innen den internationalen Flughafen in Maiquetia unter ihre Kontrolle zu bringen und den Präsidenten in Gefangenschaft zu nehmen. Die sogenannte „Operation Gideon“ soll dabei dem Regime jedoch bereits lange bekannt gewesen und von Beamten:innen unterlaufen worden sein. Es bleibt also weiterhin fraglich, inwiefern von einem ernsthaften Putschversuch gesprochen werden kann.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics. <https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

Die Polizei in Venezuela ist dezentralisiert und stark zergliedert. Die Behörde, welche sich am ehesten mit Polizeiarbeit beschäftigt, ist die Cuerpo de Investigaciones Científicas, Penales y Criminalísticas (CICPC). Sie ist für Strafverfolgung und forensische Arbeit verantwortlich und hat etwa 8.000 Beamten:innen. Die 23 Bundesstaaten Venezuelas haben außerdem ihre eigenen Polizeieinheiten und kommen zusammen auf etwa 50.000 Beamten:innen. Administrativ ist die CICPC dem Ministerium für innere Beziehungen, Justiz und Frieden unterstellt.

Dem gleichen Ministerium unterstellt ist der Servicio Bolivariano de Inteligencia Nacional (SEBIN). Ein Inlandsgeheimdienst, der vornehmlich mit der Spionageabwehr und Gegenspionage betraut ist. SEBIN wird von verschiedensten Organisationen für [Misshandlungen und Folter an Inhaftierten](#) verantwortlich gemacht. Er ging aus der ehemaligen Dirección de los Servicios de Inteligencia y Prevención (DISIP) hervor, welche im Zuge einer Polizeireform von 2009 umstrukturiert worden ist. Im Rahmen dieser Polizeireform wurde auch eine neue nationale Polizei etabliert. Diese Policía Nacional Bolivariana (PNB) hat eine deutlich höhere Erfolgsquote in der Kriminalitätsbekämpfung im Vergleich zu lokaler Strafverfolgung und Prävention. Die Beamt:innen der PNB verdienen außerdem deutlich mehr als andere Polizist:innen in Venezuela. Je nach Lage wird auch die Nationalgarde (Fuerzas Armadas de Cooperación), zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und weiteren polizeilichen Tätigkeiten herangezogen. Diese hat über 23.000 Mitglieder und ist unter anderem mit 44 gepanzerten Mannschaftstransportern (davon 20 deutsche des Typs UR-416), weiteren 121 gepanzerten Fahrzeugen, 34 leichten Flugzeugen und 36 Hubschraubern sowie 34 Patrouillenbooten ausgestattet.

Auch die polizeilichen Sicherheitskräfte, wie etwa die FAES (Fuerzas de Acciones Especiales de la Policía Nacional Bolivariana), verantwortlich für den Kampf gegen Unsicherheit und handelt vornehmlich im Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus, werden von Amnesty International mit zunehmenden Menschenrechtsverletzungen in Verbindung gebracht. Bestätigt wurden diese Vorwürfe in einem UN-Sonderbericht 2019. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Hauptaufgaben der bewaffneten Streitkräfte, wie die Drogenbekämpfung und Wahrung der territorialen Integrität, schrittweise dem Erhalt der inneren Sicherheit und dem Regimeschutz weichen.

Laut [Ergebnissen des World Values Survey](#) aus dem Jahr 2021 misstraut ein großer Teil der venezolanischen Befragten der Polizei. So sagen 39,7 Prozent der Befragten, dass sie nicht sonderlich viel Vertrauen in die Polizei besäßen, während sogar 45,8 Prozent angaben, überhaupt kein Vertrauen in die Polizei zu haben. Lediglich insgesamt 14,5 Prozent der befragten Venezolaner:innen äußerten Vertrauen gegenüber der Polizei.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [BICC-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Möglicherweise kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) von 2021	Beigetreten	https://treaties.un.org

Kommentar

Gegen Venezuela bestehen [Sanktionen durch die EU](#) zu denen auch ein Waffenembargo zählt. Die Sanktionen wurden im November 2017 als Reaktion auf die Krise in Venezuela und insbesondere auf die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und die übermäßige Gewaltanwendung staatlicher Kräfte verhängt. Im November 2022 wurde dieses nochmals verlängert.

Venezuela ist mehreren internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten, auch der Anti-Personenminen-Konvention von 1999. Bis 2003 hat Venezuela nach eigenen Angaben rund 35.000 von 46.000 Anti-Personen-Minen zerstört. Venezuela war als Exporteur von Anti-Personenminen bekannt, hat die Produktion nach eigenen Angaben allerdings eingestellt. 2022 starben in der Grenzregion zu Kolumbien [noch acht Zivilist:innen](#) an Landminen oder wurden hierdurch verletzt.

Sowohl dem Übereinkommen über Streumunition wie auch dem ATT ist Venezuela nicht beigetreten.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 6

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2023

There were no significant changes in the human rights situation in Venezuela during the year.

Siehe Report 2022:

While Venezuela is legally a multiparty, constitutional republic, the regime of Nicolas Maduro claims control over all public institutions. In November 2021, the Maduro regime organized regional and municipal elections largely perceived as skewed in their favor. Election observers and media reported arbitrary arrests, criminalization of opposition parties' activities, bans on candidates, and media censorship during the elections. The European Union was allowed to act as election observer for the first time in 15 years, but the Maduro regime asked its observers to leave the country before they could present their final report. In the final report, the European Union noted significant structural deficiencies to the electoral system and provided the regime with 23 recommendations to improve electoral conditions.

The Bolivarian National Guard – a branch of the military that reports to the Ministry of Defense and the Ministry of Interior, Justice, and Peace – is responsible for maintaining public order, guarding the exterior of key government installations and prisons, conducting counternarcotics operations, monitoring borders, and providing law enforcement in remote areas. The Ministry of Interior, Justice, and Peace controls the National Scientific, Criminal, and Investigative Corps, which conducts most criminal investigations, and the Bolivarian National Intelligence Service, which collects intelligence within the country and abroad and is responsible for investigating cases of corruption, subversion, and arms trafficking. Police consist of municipal, state, and national forces. Mayors and governors oversee municipal and state police forces. The Bolivarian National Police report to the Ministry of Interior, Justice, and Peace. The national police largely focus on policing Caracas' Libertador municipality; patrolling Caracas-area highways, railways, and metro system; and protecting diplomatic missions. The national armed forces patrol other areas of the country. Civilian authorities' control over the security forces continued to decline and was deeply politicized. Increasingly unpopular with citizens, the Maduro regime depended on civilian and

military intelligence services, and to a lesser extent, proregime armed gangs known as *colectivos*, to neutralize political opposition and subdue the population. There were reports that members of security forces committed numerous abuses. A September UN report detailed the systematic use of the Bolivarian National Intelligence Service and the Military Counterintelligence Directorate to intimidate and control the activities of political opponents.

Significant human rights issues included credible reports of: unlawful or arbitrary killings, including extrajudicial killings by regime forces; forced disappearances by the regime; torture or cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment by security forces; harsh and life-threatening prison conditions; arbitrary arrest or detention by security forces; political prisoners or detainees; serious problems with the independence of the judiciary; unlawful interference with privacy; unlawful recruitment or use of child soldiers; serious restrictions on free expression and media, including violence or threats of violence, unjustified arrests or prosecutions of journalists, censorship, and enforcement of or threat to enforce criminal libel laws to limit expression; serious restrictions on internet freedom; substantial interference with the freedom of peaceful assembly and freedom of association, including overly restrictive laws on the organization, funding, or operation of nongovernmental organizations and civil society organizations; inability of citizens to change their government peacefully through free and fair elections; serious and unreasonable restrictions on political participation; serious government corruption; serious restrictions on or harassment of domestic and international human rights organizations; lack of investigation of and accountability for gender-based violence, including domestic or intimate partner violence, sexual violence, workplace violence, femicide, and other forms of such violence; substantial barriers to accessing sexual and reproductive health services; crimes involving violence or threats of violence targeting indigenous peoples such as the Yanomami; trafficking in persons; crimes involving violence or threats of violence targeting lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, or intersex persons; significant restrictions on workers' freedom of association; and the worst forms of child labor.

The Maduro regime took no effective action to meaningfully identify, investigate, prosecute, or punish officials who may have committed human rights abuses or engaged in corruption.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2023
<https://www.state.gov/reports/2023-country-reports-on-human-rights-practices/venezuela/>

Box 7

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2025

Protests following the announcement of the results of the presidential election in July were violently repressed with excessive use of force and possible extrajudicial executions. Thousands of arbitrary arrests were carried out against political opponents, human rights defenders and journalists; hundreds of children were among those detained. Detainees including women and children were allegedly tortured. Detention conditions continued to deteriorate. Impunity prevailed for human rights violations. The ICC authorized the resumption of the investigation into alleged crimes against humanity. Journalists remained at risk of arbitrary detention and harassment and the government continued its attempts to obstruct independent media. Human rights NGOs were threatened with closure and human rights defenders remained at significant risk. By the end of the year more than 7.89 million Venezuelans had sued the country. Oil spills at El Palito refinery in Carabobo state severely impacted marine fauna. High levels of poverty persisted and people lacked access to adequate food, water and healthcare. Violence against women persisted and abortion remained

criminalized. There was no progress in ensuring the rights of LGBTI people. Illegal mining and violence threatened Indigenous Peoples' rights in the Orinoco Mining Arc area. OHCHR staff were expelled from the country. The mandate of the UN Fact-Finding Mission on Venezuela was renewed.

Quelle: Amnesty International Report 2025

<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/8515/2025/en/>

Box 8

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2025

Bewertung für Venezuela auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 13/60

Politische Rechte: 0/40

Gesamtbewertung: Nicht frei (13/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 9

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2025

Venezuela's democratic institutions have been deteriorating since 1999, but conditions have grown sharply worse in recent years due to harsher government crackdowns on the opposition and the ruling party's use of thoroughly flawed elections to seize full control of state institutions. The authorities have closed off virtually all channels for political dissent, restricting civil liberties and prosecuting perceived opponents without regard for due process. Although the country's economy has returned to growth after years of recession, a severe, politically driven humanitarian crisis continues to cause hardship and stimulate mass emigration.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/venezuela/freedom-world/2025>

Kommentar

Trotz der liberalen Verfassung ist die Menschenrechtslage in Venezuela insgesamt als hoch problematisch zu bewerten. Dies trifft insbesondere für den Sicherheitssektor zu. Menschenrechtsorganisationen kritisieren das unverhältnismäßig harte Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Demonstrant:innen. Berichte über Folterungen und unrechtmäßige Tötungen von Gefangenen, schlechte Zustände in den Gefängnissen sowie korrupte Gerichte sind weit verbreitet. Im Zuge der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der sozialistischen Regierung von Präsident Maduro und oppositionellen Kräften seit 2014 (siehe Kapitel „[Spannungen und innere Konflikte](#)“), hat sich die Menschenrechtssituation weiter verschlechtert. Zählten Folter und das Verschwindenlassen politischer Gegner:innen schon zuvor zu den Methoden der Sicherheitskräfte, so nahmen diese Praktiken insbesondere in den Jahren 2018 und 2019 laut Berichten von Journalist:innen und Menschenrechtsorganisationen noch einmal deutlich zu. Nach den Protesten gegen den Wahlsieger Maduro 2024

wurden laut der Menschenrechtsorganisation „Foro Penal“ mehr als 1200 Menschen festgenommen. Unter den 1200 Verhaftete sollen 120 Minderjährige sein. Marino Alvarado von der venezolanischen Menschenrechtsorganisation Provea spricht gar davon, dass Lateinamerika seit Pinochet nicht eine solche politische Repression erlebt hat. Ein [UN-Menschenrechtsbericht](#) aus dem Jahr 2019 untermauert einige dieser Behauptungen. Seit 2018 ermittelt auch der Internationale Strafgerichtshof bezüglich Verbrechen gegen die Menschlichkeit, insbesondere gegen die 2016 gegründete Sondereinheit Fuerzas de Acciones Especiales (FAES) und leitete 2021 eine formale Untersuchung ein, welche aufgrund zwischenzeitlicher Verzögerungen weiterhin laufen.

Beim Gender Inequality Index der UN liegt Venezuela auf Platz 134 von 166. Dieser Wert ist auf die starke Ungleichheiten bei der Repräsentation im Parlament (26,2% Frauen; 73,8% Männer) und Arbeitsmarktpartizipation (46,8% Frauen; 73,9% Männer). Das International Rescue Committee (IRC) warnte nach der Analyse von Daten zwischen 2022 und 2023, dass genderspezifische Gewalt durch die humanitäre vor Ort gefördert wird. Davon sind die Frauen in Venezuela, aber auch jene betroffen, die aufgrund der humanitären Situation in die Nachbarländer ausgewandert sind. Laut Daten des IRCs leiden 65% der Frauen in Venezuela unter psychologischer und 19% unter physischer Gewalt. Obwohl LGTBQIA+ nicht unter staatlicher Verfolgung und es gab in den letzten Jahren gab immer wieder Fortschritte. Es wurde bspw. ein Gesetz annulliert, dass LGTBQIA+ Menschen mit ein bis drei Jahren Haft drohte, wenn diese im militärischen Sektor angestellt waren. Trotzdem leiden LGTBQIA+ Menschen weiterhin unter starker Diskriminierung und Gewalt. Laut einer Studie von dem Global Protection Cluster in Venezuela erfuhren 4,8% (gewalttätige) Diskriminierung und 31% hatten chronische Gesundheitsprobleme, da sie aufgrund von Diskriminierung nur begrenzten Zugang zu den erforderlichen Medikamenten und zu Gesundheitseinrichtungen haben.

Innere Lage im Empfängerland

Box 10

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

The oppressive autocracy as a form of government in Venezuela has not softened, as evidenced by the continued absence of basic democratic principles such as the separation of powers, judicial independence and the rule of law, as well as the ongoing constraints on the fundamental freedoms of expression and association. Reports by multiple fact-finding missions conducted by international human rights organizations underline this assertion. Additionally, the prosecutor of the International Criminal Court is proceeding with an investigation into alleged crimes against humanity committed by high-ranking Venezuelan authorities.

[...]

The 2021 regional elections, held in the context of a seemingly more favorable outlook, strengthened Maduro's standing both in the international arena and internally vis-à-vis a divided opposition. They also consolidated his undisputed leadership within the ruling elite. [...] The "pink tide" that replaced right and center-right governments with center-left governments in South America – particularly in neighboring Colombia and Brazil – as well as the demise of the Lima Group ended Maduro's isolation. This improved his regional standing without evidence of the infamous checkbook diplomacy. Key leaders such as Brazil's Lula da Silva or Colombia's Gustavo Petro may help convince him of the benefits of a fruitful dialogue

with the opposition in order to find a political solution to the country's ongoing, multifaceted crisis, which would benefit the region as a whole.

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/VEN>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2024)

Im Jahresbericht 2024 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Venezuela 10 von 100 möglichen Punkten (2023: 13 Punkte). Damit liegt Venezuela an drittletzter Stelle. Lediglich Somalia und Südsudan schnitten noch schlechter ab. Deutschland erzielte 75 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2024/>

Spannungen und innere Konflikte

Durch den revolutionären, „bolivarischen“ Kurs des ehemaligen, 2013 verstorbenen Präsidenten Hugo Chavez haben sich die politischen Spannungen der Gesellschaft zwischen Regierungs- und Oppositionsanhänger:innen in den letzten Jahren deutlich verschärft. Dies hat zu einer steigenden Zahl gewaltsamer Auseinandersetzungen im Land geführt. 2014 kam es zu massiven Protesten gegen die sozialistische Regierung von Präsident Maduro, dem Nachfolger von Hugo Chavez, an denen insbesondere Studierende beteiligt waren. Seitdem wächst im tief gespaltenen Venezuela die Wut der Regierungsgegner:innen, was nicht zuletzt aus der schwierigen wirtschaftlichen Situation resultiert. Die Inflation ist hoch, die Kriminalität steigt. Auch Anfang 2015 kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen im Rahmen von Demonstrationen. Das venezolanische Parlament stimmte im Januar 2017 einem Beschluss zur Entmachtung des Präsidenten Maduro wegen Nichterfüllung seiner Pflichten zu und forderte mit den Stimmen der oppositionellen Parlamentsmehrheit vorgezogene Neuwahlen. Ein symbolischer Akt, da dem Parlament diese Kompetenz laut Entscheidung des Obersten Gerichtshofs nicht zusteht.

Bei der Präsidentschaftswahl im Mai 2018 wurde Maduro offiziell wiedergewählt. Allerdings wurde die Wahl im Januar 2019 von der Nationalversammlung als unrechtmäßig erklärt und deren Präsident, Juan Guaidó, zum Interimspräsidenten erklärt. Zwischenzeitlich wurde Guaidó von der überwiegenden Anzahl der EU-Mitgliedsstaaten sowie den meisten Staaten Nord- und Südamerikas anerkannt. Maduro wurde demgegenüber u. a. von Russland, Bolivien, Kuba, der Türkei und Nicaragua gestützt. Im Zuge der Parlamentswahlen im Jahr 2020 erlangte Maduro erneut die Macht über die staatlichen Institutionen – einige Länder und internationale Organisationen, darunter die EU, erkennen Guaidó seither nicht mehr als Interimspräsidenten an, obwohl sie die Wahlen weder als frei noch als fair bewerteten. Bei Zusammenstößen zwischen Demonstrant:innen und staatlichen Sicherheitskräften zwischen Januar und Mai 2019 wurden hunderte Menschen verletzt und 66 Menschen kamen ums Leben. Laut einem [UN Bericht](#) starben im Jahr 2018 5.287 Menschen und zwischen Januar und Mai 2019 1.569 Menschen, insbesondere durch Spezialeinsatzkräfte, angeblich aufgrund von „Widerstand gegen die Staatsgewalt“.

Am 28. Juli 2024 waren erneut Präsidentschaftswahlen, die Maduro mit 52 Prozent gewann. Der Oberste Gerichtshof bestätigte das Ergebnis. Die Opposition, angeführt von Präsidentschaftskandidat Edmundo González Urrutia, sprach jedoch von Wahlbetrug. Sie erklärte, dass mit 70% der Wahlstimmen der Wahlsieg ihnen zustehe. Auch International wurde die Glaubwürdigkeit des Wahlprozesses in Frage gestellt und immer wieder Transparenz

gefordert. Anfang August mobilisierte die Opposition Tausende von Menschen, um gegen Maduro zu demonstrieren. 2.000 Menschen wurden verhaftet, mindestens 20 Menschen starben. Ein Parteibüro der Opposition wurde verwüstet und die Oppositionsführung versteckte sich seit dem Beginn der Proteste. Nachdem die Generalstaatsanwaltschaft einen Haftbefehl gegen die Oppositionsführerin María Corina Machado und Präsidentschaftskandidaten Edmundo González erließ, tauchten beide unter. Edmundo Gonzalez floh Anfang September nach Spanien und bekam politisches Asyl. Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2024 wurde an die beiden venezolanischen Oppositionellen vergeben.

Ein latenter Konflikt besteht zwischen der indigenen Bevölkerung Venezuelas, deren Zahl auf ca. 316.000 geschätzt wird, und den ihren Lebensraum gefährdenden Goldgräber:innen und Großgrundbesitzer:innen im Land. Die Verfassung von 1999 räumt den indigenen Gruppen umfassende Rechte ein. Dennoch sind diese Rechte in der Praxis bis heute nicht immer garantiert, sodass es immer wieder zu lokalen Zwischenfällen kommt.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Venezuela hat eine Fläche von insgesamt 912.050 Quadratkilometern und liegt im nördlichen Teil Südamerikas. Es grenzt im Norden an das karibische Meer, im Westen an Kolumbien, im Süden an Brasilien, Peru und Ecuador und im Osten an Guyana.

Politische Situation in der Region

Venezuela war seit 2012 Vollmitglied in der südamerikanischen Wirtschaftsunion MERCOSUR, der zurzeit außerdem Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay angehören. Die zunehmenden Einschränkungen von Menschenrechten und das teilweise gewaltsame Vorgehen gegen die Opposition in Venezuela (siehe Kapitel „[Spannungen und innere Konflikte](#)“) führten im Dezember 2016 zur Suspendierung der Mitgliedschaft Venezuelas aus dem Bündnis.

2015 verhängte die USA erstmals Sanktionen gegen Venezuela, weil sie das Land als außergewöhnliche Bedrohung für ihre nationale Sicherheit betrachteten. Die USA erhob zudem Sanktionen gegen venezolanische Funktionäre. Der US-amerikanische Präsident warf ihnen die Verletzung von Menschenrechten, die Unterdrückung oppositioneller Proteste und Korruption vor. 2016 verlängerte Präsident Obama die Sanktionen. Präsident Trump verhängte 2017 weitere Finanzsanktionen gegen Funktionäre, darunter Präsident Maduro und Vizepräsident El Aissami. Dazu verbot die USA den Handel mit bestimmten Staatsanleihen Venezuelas und der staatlichen Ölfirma PDSVA. Die Europäische Union zog mit, unterband jeglichen Export von Waffen und Ausrüstung und verhängte ein Einreiseverbot sowie Vermögenssperren gegen 18 Vertraute von Maduro. Nach der Wiederwahl Maduros im Mai 2018 untersagte die USA allen US-Firmen, Staatsanleihen und Schuldverschreibungen der venezolanischen Regierung, Zentralbank oder Ölgesellschaft Petróleos zu kaufen. Im November erließ die USA Strafmaßnahmen gegen die Geldexporte Venezuelas, um eine weitere Einnahmequelle anzugreifen. 2019 nahm Präsident Trump die Ölindustrie ins Visier. Öl durfte nun zwar eingekauft, die Zahlungen mussten aber auf gesperrte Konten überwiesen werden.

Die USA unterstützte die Ansprüche der Opposition auf den Sieg bei der Präsidentschaftswahl 2024 und verhängte, nach der Ernennung Maduros zum Sieger, ein weiteres Mal Sanktionen. Unter anderem zielten sie gegen fünf Richter:innen des Obersten Gerichtshof, der den Wahlsieg Maduros bestätigt und einen Haftbefehl gegen Edmundo González, den Präsidentschaftskandidat der Opposition, genehmigt hatte.

Die Sanktionen der USA hatten erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft Venezuelas. Nachdem Präsident Obama das Land 2015 als außerordentliche Bedrohung für die Vereinigten Staaten einstufte, zogen sich internationale Investoren und Unternehmen aus Venezuela zurück. 2016 bspw. schloss Citibank, einer der größten Finanzdienstleister der Welt, jegliche Konten der venezolanischen Zentralbank und der Bank von Venezuela. 2020 brachen die Erdölexporte um 28 Prozent ein und lagen auf dem niedrigsten Stand seit 70 Jahren. Zwischen 2014 und 2019 sank das BIP um mehr als 65 Prozent. Laut Angaben der Regierung Maduros wurden seit 2019 Vermögenswerte und Gelder im Wert von mehr als 8 Milliarden Euro von Banken in den USA, Portugal und anderen europäischen Staaten blockiert. Unter den wirtschaftlichen Sanktionen litt auch die Lebensmittelversorgung. So gingen die Importe zwischen 2015 und 2019 um 73 Prozent zurück und die Kraftstoff- und Dieselnknappheit gefährdete die Produktion und den Transport von Nahrungsmitteln. Dies trug zur immer noch anhaltenden humanitären Krise in Venezuela bei. Zwischen 2014 und 2023 verließen nach Angaben der UNHCR 7,7 Millionen Menschen das Land, 2,9 Millionen davon haben Zuflucht in Kolumbien gefunden.

Das Verhältnis zum Nachbarland Kolumbien war in der Vergangenheit angespannt. Es gab etwa Differenzen zwischen ehemaligen linken Regierungen in Venezuela und konservativen Regierungen in Kolumbien. Seit dem Amtsantritt von Gustavo Petro, dem ersten linken Präsidenten Kolumbiens, im August 2022 versuchen beide Länder eine Annäherung. Es kam zu regelmäßigen Treffen von Regierungsvertreter*innen beider Seiten. Zukünftig setzt Petro auf den Ausbau der Handelsbeziehungen und der konsularischen Beziehungen sowie auf eine gemeinsame Migrationspolitik. Dazu möchte er zukünftig Gas aus Venezuela beziehen. Ob und wie diese angekündigten Importe umgesetzt werden, bleibt offen. Der kolumbianische Präsident versucht zudem Venezuela aus der geopolitischen Isolation zu befreien. Er initiierte u. a. die Internationale Konferenz zu Venezuela am 25. April 2023. Ein Ziel war es, diplomatische Annäherungen zwischen Venezuela, Ländern der EU (Frankreich, Italien, Deutschland, Portugal), Ländern der Americas (u.a. Argentinien, Chile, Bolivien) und weiteren Ländern u.a. Kanada, Südafrika zu fördern. Die Konferenz zu Venezuela endete jedoch ohne konkrete Ergebnisse.

Unter Präsident Bolsonaro suchte Brasilien immer wieder die rhetorische Konfrontation mit Venezuela. Der rechte Präsident verstand Maduro als linken Diktator. Er erkannte bei der Präsidentschaftswahl 2019 den Oppositionellen Juan Guaidó als Sieger an. Obwohl der jetzige brasilianische Präsident Lula in der Vergangenheit immer wieder mit Maduro zusammengearbeitet hatte, forderte er bei der Präsidentschaftswahl 2024 zu Neuwahlen auf.

Grenzkonflikte

Die Beziehungen zwischen Venezuela und Kolumbien werden von anhaltenden Grenzstreitigkeiten belastet. Kolumbien ist das Hauptzielland von Menschen, die versuchen, der Krise in Venezuela zu entkommen. Kolumbiens ehemaliger Staatschef Iván Duque unterstützte den von der venezolanischen Nationalversammlung zum Interimspräsidenten

erklärten Juan Guaidó. Schon früher wurde der venezolanischen Regierung von kolumbianischer Seite vorgeworfen, Drogenkartelle und Rebellengruppen wie die FARC in Kolumbien zu unterstützen. Duque erneuerte die Vorwürfe im Oktober 2019. Im April 2009 sprengten venezolanische Truppen eine provisorische Brücke, die beide Staaten miteinander verband, in die Luft und verhafteten einen kolumbianischen Soldaten auf venezolanischem Territorium. Die Ankündigung des kolumbianischen Verteidigungsministers, eine neue militärische Basis in der Grenzregion von Guajira aufzubauen, veranlasste Venezuela damals zur Verlegung von 40 Panzern und Kampfhubschraubern an die Grenze.

Im September 2015 erreichten die Grenzkonflikte einen neuen Höhepunkt, als zwei venezolanische Militärflugzeuge über kolumbianisches Territorium flogen. Kolumbiens Regierung forderte daraufhin eine offizielle Erklärung. Im August hatte Venezuela mehrere Grenzübergänge nach Kolumbien geschlossen und über tausend Kolumbianer:innen ausgewiesen. Damit reagierte die Regierung in Caracas auf einen Zwischenfall, bei dem drei venezolanische Militärs verletzt worden waren. Maduro begründet seine Maßnahmen damit, sein Land vor paramilitärischen Angriffen und Schmuggler:innen aus Kolumbien schützen zu wollen. Die Grenzregion ist vorwiegend unter paramilitärischer Kontrolle und dient an manchen Stellen venezolanischen Guerillakämpfer:innen als Rückzugsgebiet. Maduro warf dem Nachbarland vor, die Situation zu dulden oder sogar zu unterstützen und damit zur Destabilisierung Venezuelas beizutragen. Am 05. Oktober 2021 öffnete Venezuela seine Grenze zu Kolumbien nach zweijähriger Schließung wieder. Zwischen Venezuela und Kolumbien besteht ebenfalls ein Konflikt um die Monjes Inseln.

Seit 1990 besteht zudem ein Territorialstreit mit dem benachbarten Guyana um die Essequibo-Region. Guyana verteidigt dabei eine 1899 von einem Pariser Schiedsgericht festgelegte Grenze, Venezuela pochte hingegen auf Ansprüche aus einem Abkommen von 1966, das vor der Unabhängigkeit Guyanas mit dem Vereinigten Königreich unterzeichnet wurde, die vorherige Vereinbarung jedoch außer Acht ließ. Die umstrittene Region hat eine Größe, die mit der Tunesiens vergleichbar ist und soll reiche Vorkommen an natürlichen Ressourcen (etwa Gold und Diamanten) aufweisen. Mit zwei Dekreten (aus den Jahren 2015 und 2021) wurde einseitig ein neues Seegebiet zugunsten Venezuelas geschaffen, nachdem 2015 durch Exxon Mobil Ölvorkommen in der Region entdeckt wurden. Venezuela strebte eine außergesichtliche Einigung an, im Jahr 2018 wurde der Fall jedoch an den Internationalen Gerichtshof gegeben. Im April 2023 wies der IGH den Wunsch Venezuelas, das Vereinigte Königreich in den Prozess zu involvieren, mit 14 zu einer Stimme zurück. Ein abschließendes Urteil steht weiterhin aus und könnte noch Jahre dauern. Derzeit scheint sich die Lage allerdings zuzuspitzen. Bei einem von Venezuela durchgeführten Referendum Ende 2023 stimmten 96 Prozent der Teilnehmenden bei einer Wahlbeteiligung von 51% für die Annexion der Region Essequibo. Da besagte Region rund zwei Drittel des Staatsgebietes Guyanas ausmacht, stellt dies aus Sicht Guyanas eine existenzielle Bedrohung dar und das Land versteht das Referendum als Vorbereitung für eine Annexionsversuch. Großbritannien entsandete Ende Dezember 2023 ein Kriegsschiff zur Unterstützung Guyanas, um dort Militärübungen auszuführen. Daraufhin antwortete Maduro mit der Ankündigung eines Militärmanövers mit mehr als 5.600 Soldat*innen. Zwar einigten sich die Präsidenten der beiden Staaten auf einen Gewaltverzicht, fanden jedoch keine Lösung. Die USA betonte im Januar 2024, dass sie ein verlässlicher Sicherheitspartner Guyanas sei und kündigte Luftwaffenübungen mit dem guyanischen Militär an. Am 3. April 2024 verabschiedete Maduro ein Gesetz, dass die Region Essequibo zu einem venezolanischen Bundesstaat macht. Das Gesetz verbietet es die Landkarte

Venezuela ohne den „neuen Bundestaat“ darzustellen. Andere lateinamerikanische Länder wie Argentinien, Brasilien oder Kolumbien drängen auf eine friedliche Lösung des Konflikts.

Regionale Rüstungskontrolle

Während des Kalten Krieges gab es eine Reihe von Rüstungskontrollanstrengungen, die jedoch weitestgehend unwirksam blieben. Als erfolgreichen Fall ist jedoch der Vertrag über eine Nuklearwaffenfreie Zone (Tlatelolco-Vertrag) in Lateinamerika zu nennen. Zusätzlich gibt es eine Reihe vertrauensbildender Maßnahmen in der Region, die zum Ziel haben, Transparenz bei Rüstungsimporten und -exporten zu erhöhen (OAS Waffen Konvention 1998, OAS Transparenz Konvention 1999).

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Venezuela sind derzeit keine ausländischen Militäreinheiten stationiert. In Kolumbien sind derzeit 50 US-Soldat:innen (US Southern Command) stationiert und etwa 650 in der Guantanamo Bay in Kuba.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Nicht beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Nicht beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten (unter Vorbehalt)	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Venezuela ist ein wichtiges Transitland von Kokain, Heroin und Marihuana aus Kolumbien in die Vereinigten Staaten und nach Europa. In den Drogenhandel sind meist kolumbianische Rebell:innengruppen verwickelt, die auch auf venezolanischem Territorium aktiv sind. Die der Küste Venezuelas vorgelagerte Margarita Insel wird etwa dazu genutzt, Gelder aus Drogengeschäften zu waschen. Hochrangige Politiker:innen und Militärs aus Venezuela sind am Drogenhandel beteiligt und profitieren davon. Oppositionelle und Kritiker:innen der Regierung Maduros werden oft wegen „Terrorismus“ angeklagt. Dies muss als Repression verstanden werden. Eine große Terrorismusgefahr in Venezuela gibt es nicht.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Venezuela übermittelt weder im Rahmen des [UN-Waffenregisters](#) Angaben zu Rüstungsimporten und -exporten (die einzigen eingereichten Berichte stammen aus 1997 und 2002,

von denen der letztere eigentlich keine Angaben enthält), noch im Rahmen des Instruments zur Berichterstattung über Militärausgaben Informationen an die UN.

Da das Land dem [Arms Trade Treaty](#) nicht beigetreten ist, übermittelt es auch hier keine Berichte. Im Rahmen des [Programme of Action](#) on small arms and light weapons reichte es bisher lediglich vier Berichte ein (2004, 2006, 2018 und 2020).

Unerlaubte Wiederausfuhr

Das US-Außenministerium befürchtet, Waffenlieferungen nach Venezuela könnten an kolumbianische Rebell:innengruppen weitergeleitet werden. Diese Befürchtungen haben sich in der Vergangenheit immer wieder bestätigt. So wurden bereits 2004 zahlreiche Waffen aus venezolanischen Beständen bei der FARC von der kolumbianischen Polizei entdeckt. Der kolumbianische Präsident bestätigte 2011, dass FARC-Rebell:innen Waffen, insbesondere Gewehre, erhalten haben, die aus Venezuela ins Land geschmuggelt wurden. Die venezolanische Regierung weist diese Vorwürfe stets von sich. Im Juli 2009 forderte Schweden Venezuela auf, zu erklären, wie schwedische Waffen, die nach Venezuela geliefert wurden, in den Händen der FARC konfisziert werden konnten.

Der Waffenhandel mit kolumbianischen Rebellengruppen wird begünstigt durch die wachsende Korruption sowie die porösen, kaum kontrollierbaren Grenzen im Norden Zentralamerikas. Es wird angenommen, dass der größte Teil der Waffen mit Hilfe von Motorbooten geschmuggelt oder per Landroute über die dicht bewaldeten Grenzen nach Kolumbien ausgeführt wird.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 11

Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

Under President Nicolás Maduro's watch, the country's GDP has shrunk by more than three-quarters – the deepest depression ever in the absence of war. In 2021, the free fall was stopped, and growth resumed at a modest annual rate of 0.5%, with a forecast of 6% growth in 2022 (IMF). However, what at first sight looks promising is put into context when one considers the starting point. Indexing the 2013 GDP at 100, the economy would need to grow at that 6% rate for 28 consecutive years to return to that 2013 baseline. Despite its return to growth, Venezuela is still a petrostate in decay, immersed in an unprecedented multifaceted crisis. By the end of 2022, over 7.5 million Venezuelans had turned their backs on their country in pursuit of a better future abroad, depriving the country of its best-skilled workers and underlining the magnitude of the catastrophe. Moreover, their plight has begun to strain their primarily Latin American host countries' hospitality as these migrants face challenges accessing food, housing and stable employment.

[...]

The economy, damaged by expropriations, controls, bureaucratic overload and incompetent management, has experienced a cautious transition from crypto-socialist ideology to liberal pragmatism. Hyperinflation and the economic crash were mitigated through the implementation of rather conventional measures such as spending caps, the elimination of controls, the implementation of restrictive monetary

and credit policies, the adoption of de facto dollarization, and the extension of a cautious welcome to investors. Nevertheless, the economic transformation has not alleviated the hardships faced by the population, and poverty and inequality persist unabated. The education system only serves approximately two-thirds of the eligible age groups, and even among those in attendance, only two-thirds receive the traditional school lunch. The public health care system covers only 70% of the population, while nearly half the workforce remains economically inactive. Eighty percent of the population lives in poverty, with 53% classified as extremely poor. The Gini inequality coefficient has reached an all-time high of 0.603. Only one-third of the population regularly receives the highly praised food bag each month, with three-quarters of households reporting nutritional insecurity.

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/VEN>

Tabelle 16

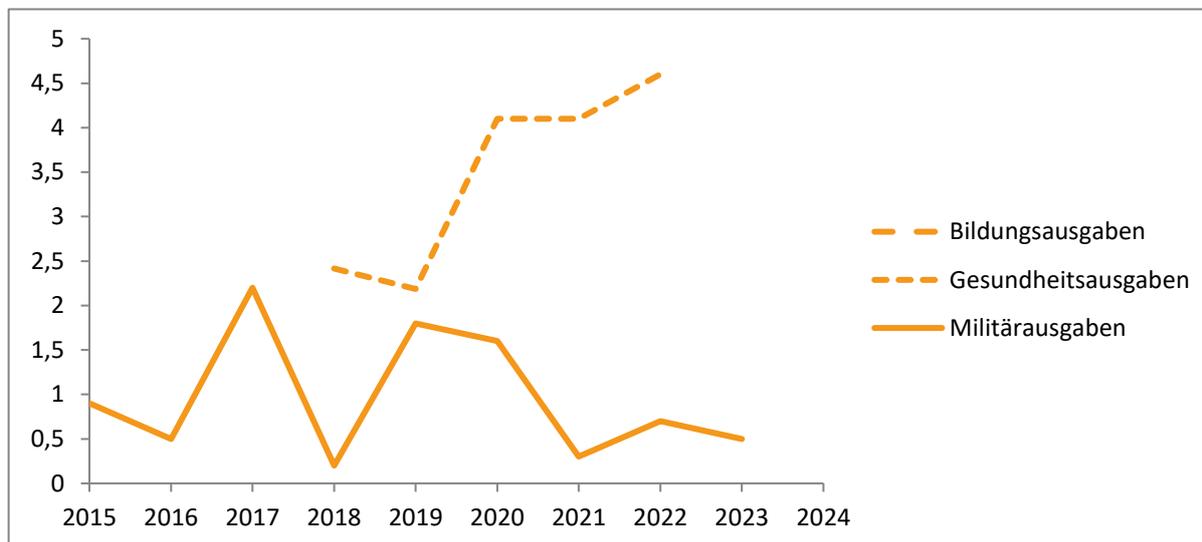
Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	11,6	2,2	5,1	3,9	-
Anteil am BIP (in Prozent)	1,58	0,31	0,65	0,50	-
Gesundheitsausgaben/BIP	4,1	4,1	4,6	-	-
Bildungsausgaben/BIP	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	182938	185598	189396	192831	-
Anteil am BIP (in Prozent)	-	-	-	-	-
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	112,49	189,66	246,52	214,58	214,31
Net ODA (% of GNI)*	-	-	-	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	8,88	11,48	10,59	22,56	10,25

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2019	2020	2021	2022	2023
Militarisierungswert	136,9	125,9	95,6	105,8	88,1
Index-Platzierung	41	53	87	70	92

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2019	2020	2021	2022	2023
Brasilien	Militarisierungswert	75,2	73,1	70,4	68,7	68,3
	Index-Platzierung	111	113	115	117	116
Kolumbien	Militarisierungswert	113,2	115,9	108,4	105,6	106,2
	Index-Platzierung	64	61	69	71	71

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC). Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2024.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2020	2021	2022	2023	2024
Brasilien	Militärausgaben (absolut)	25022	23699	22215	21788	21693
	Militärausgaben/BIP	1,3	1,1	1,1	1,0	1,0
Kolumbien	Militärausgaben (absolut)	10394	10846	10622	10779	12246
	Militärausgaben/BIP	3,5	3,2	2,8	3,0	3,4

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,721	0,695	0,691	0,699	0,709

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar**Zusammenfassung:**

Venezuela befindet sich in einer tiefen wirtschaftlichen Krise, welche durch seitens der USA verhängte Sanktionen zusätzlich verschärft wird. Seit 2014 büßte das Land etwa vier Fünftel der Wirtschaftsleistung ein; ein Großteil der Bevölkerung lebt in Armut. Im Global Competitiveness Index von 2019 belegte Venezuela den 133. von 141 Plätzen. Diese dramatische wirtschaftliche Entwicklung schlägt sich auch im Stand der menschlichen Entwicklung nieder: Rund 69 % der Bevölkerung lebt aktuell in multidimensionaler Armut und kann sich nicht ausreichend mit Grundnahrungsmitteln versorgen. Insgesamt ist die weite Mehrheit der venezolanischen Haushalte von Nahrungsmittelknappheit betroffen. Trotz einer moderaten Militarisierung Venezuelas im jüngsten Global Militarisation Index (Rang 92) erscheinen Rüstungsexporte im Anbetracht der gravierenden sozialen und ökonomischen Missstände derzeit in Hinblick auf die weitere Entwicklung des Landes als kritisch.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Venezuela befindet sich in Folge staatlichen Missmanagements in einer tiefen wirtschaftlichen Krise, welche durch seitens der USA verhängte Sanktionen zusätzlich verschärft wurde (s. Kapitel Politische Situation in der Region). Die Wirtschaft ist zwischen 2013 und 2020 kontinuierlich geschrumpft, erlebte jedoch seit 2020 wieder einen Aufschwung. Das Niveau ist jedoch noch über 200 Milliarden US-Dollar vom höchsten Niveau 2012 entfernt. Die Weltbank rechnet Venezuela seit 2021 keiner Einkommensklasse mehr zu – vermutlich aufgrund mangelnder Daten in so gut wie allen Bereichen. Venezuela ist das Land mit den weltweit größten Erdölreserven, investierte unter Chávez und Maduro aber zu wenig der Einnahmen in eine Diversifizierung der Wirtschaft und brachte sich in der Folge in starke Abhängigkeit vom Erdöllexport. Der Fall des Ölpreises ab 2014 war deshalb ein ökonomisches Desaster für das Land. 2021 machte der Erdöllexport rund 70 % der nationalen Exporte aus. Weitere Exportgüter sind Metalle, landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie Chemikalien. Erreichte Venezuela 2009 mit seinen Ölexporten noch einen Weltmarktanteil von 4,5 %, so lag dieser Wert 2021 nur noch bei 0,9%. Hinzu kommt eine zwischenzeitliche Hyperinflation, an der auch eine Währungsreform im Jahr 2019 zunächst wenig ändern konnte. Mittlerweile gilt die Hyperinflation aber als gezügelt. Im Global Competitiveness Index von 2019 belegte Venezuela den 133. von 141 Plätzen. Seit 2022 ist eine leichte Verbesserung der Situation zu erkennen, so wurden im Oktober 2023 etwa die US-Sanktionen teilweise entschärft.

Soziale Entwicklung:

Im Jahr erreichte Venezuela einen Wert von 0,699. Nachdem Wert seit 2014 konstant abgenommen hatte (2014: 0,758; 2020: 0,690), stieg er somit das erste Mal wieder an. In HDI Kategorien ist Venezuela so ein Land mit einer „mittleren menschlichen Entwicklung“ und auf Platz 119 von 193 im weltweiten Ranking. Länder mit vergleichbaren Werten sind Venezuela und Marokko. Beim Gender Development Index ist das Land in der höchsten Gruppe, da die Werte geschlechterspezifisch kaum Unterschiede aufweisen. Die langanhaltende politische und ökonomische Krise hat gravierende Auswirkungen auf die soziale Entwicklung des Landes. Laut einem [Bericht von Hum Venezuela](#) leben 2023 69,6% in Venezuela in multidimensionaler Armut, im Vergleich zu 2020 verzeichnen die Daten einen Anstieg von 4,5%. Das Einkommen ist zunehmend ungleich verteilt. Laut [Anova](#), einem Forschungsinstitut mit Sitz in Caracas, entfielen im Jahr 2021 auf die obersten 20 % der Verteilung 61 % des Gesamteinkommens des Landes (gegenüber 54 % im Jahr 2020). Der Gini-Koeffizient stieg zwischen 2020 und 2021 um 7,4 Prozentpunkte auf 65,2 Prozent. Mit diesen Zahlen gehört Venezuela zu den ungleichsten Ländern Lateinamerikas. Den Daten von Hum Venezuela zu Folge sind 69,7% venezolanischer Haushalte von Nahrungsmittelknappheit betroffen, 11,7 Prozent der Bevölkerung unterernährt und die Kindersterblichkeit hatte sich allein zwischen 2016 und 2018 um 30 Prozent erhöht. Ein entsprechendes Schulspeisungsprogramm soll rund 67 % der Betroffenen helfen. Dennoch sollen nur rund mehr als die Hälfte der Ärmsten von dem Programm erreicht werden. Auch werden Lebensmittelkisten durch ein lokale Versorgungs- und Produktionskomitees verteilt, die 90 % der Haushalte erreichen sollen – allerdings de facto lediglich 35 % in angemessener Häufigkeit erreichen. 2019 verfügten bereits vier von fünf Krankenhäusern nicht mehr über ausreichende Versorgungsstrukturen (Wasser, Strom, Medikamente und OP-Materialien). Laut Zahlen der International Labour Organisation (ILO) soll die Arbeitslosigkeit 2023 bei 5,9 % und die Jugendarbeitslosigkeit bei 11,7 % gelegen haben, wobei dies keine außergewöhnlich hohen Werte darstellt. Eine Erklärung hierfür könnte die hohe Abwanderung – insbesondere der jüngeren Generationen sein. Zudem: Rund 40 % der arbeitenden Bevölkerung sind im informellen Sektor beschäftigt. Die hohe Abwanderung stellt ein ernstes Problem dar, laut UNHCR sollen rund 7,7 Millionen Menschen das Land verlassen haben. Entsprechend sind viele Familien abhängig von Überweisungen von Familienangehörigen aus dem Ausland.

Da die öffentlichen Ausgaben für Gesundheit seit 2013 durchschnittlich bei 4,1 %, die Militärausgaben bei durchschnittlich 1,1 % am BIP lagen, erscheinen letztere nicht als außergewöhnlich hoch. Ein Vergleich zu den Bildungsausgaben ist aufgrund mangelnder Daten nicht möglich. Trotz einer moderaten Militarisierung Venezuelas im jüngsten [Global Militarisation Index](#) (Rang 92) erscheinen Rüstungsexporte im Anbetracht der gravierenden sozialen und ökonomischen Misstände derzeit in Hinblick auf die weitere Entwicklung des Landes als kritisch.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM August 2025

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

